

Hasse, Rolf; Pissulla, Petra; Fjodorow, Valentin

Article

Embargo und Aussenhandelspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hasse, Rolf; Pissulla, Petra; Fjodorow, Valentin (1980) : Embargo und Aussenhandelspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 3, pp. 115-126

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135414>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Embargo und Außenhandelspolitik

Als Antwort auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan beschloß Ende Februar 1980 die amerikanische Regierung nach der Kürzung der Getreidelieferungen und dem Exportstopp für Computer ein Verbot für Phosphatlieferungen in die Sowjetunion. Noch hat Carter die westlichen Industriestaaten nicht ernstlich zu gemeinsamen wirtschaftlichen Sanktionen gegen die UdSSR aufgefordert, die Diskussion über ein umfassendes Embargo ist jedoch nach wie vor nicht vom Tisch. Gab es überhaupt jemals einen normalen Osthandel? Wie sind die Handelsverflechtungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion? Wie stellt sich ein Embargo aus sowjetischer Sicht dar?

Rolf Hasse

Was ist „normaler“ Osthandel?

Die Stichworte Afghanistan und Embargo beherrschen die internationale politische Diskussion. Als Reaktion auf die Besetzung Afghanistans verhängte die amerikanische Regierung gegenüber der Sowjetunion ein Teilweizenembargo und weitete dies auf Phosphat aus. Darüber hinaus wird überlegt, für eine Anzahl von Gütern, die die Sowjetunion dringend benötigt, ebenfalls keine Exportlizenzen mehr zu erteilen. Dabei handelt es sich um Erdöl- und Erdgasbohr-ausrüstungen, Computer und Ersatzteile, hochentwickelte Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen für Stahlwerke, die chemische Industrie und für den Automobilbau. International bemüht sich die amerikanische Regierung um Mitarbeit und Unterstützung. Die Dockarbeiter in den amerikanischen Häfen drohen mit einem Boykott, sie wol-

len weder sowjetische Schiffe noch Ladungen für die Sowjetunion oder aus ihr abfertigen. Ebenfalls kündigte die amerikanische Regierung an, daß keine amerikanischen Sportler zur Olympiade nach Moskau reisen werden. Auch hierbei würde es sich um ein Embargo und nicht, wie im allgemeinen Sprachgebrauch gegenwärtig üblich, um einen Boykott handeln¹.

Die Begriffe Boykott und Embargo werden immer noch – auch von Juristen – als Synonyme betrachtet, obwohl ein Boykott immer eine *private* und ein Embargo immer eine *staatliche* Entscheidung und Durchführung verlangen, so daß die politischen Wirkungen und die organisatorischen Bedingungen stark abweichen. Viel gravierender ist es jedoch, daß über die Bedingungen und Erfolgsaussichten wirtschaftlicher Sanktionen große

Unklarheiten bestehen und daß diese beim Ost-West-Handel potenziert werden, weil hier eine gewollte oder ungewollte Verdrängung der politischen Handlungsgrundlagen festzustellen ist. Deshalb müssen nicht nur die Grundlagen eines Embargos, sondern auch die des Ost-West-Handels betrachtet werden. Es geht nicht nur um die Frage, ob ein Embargo gegen die Sowjetunion zweckmäßig ist. Im Kern geht es um die Frage, wie der Ost-West-Handel gestaltet werden soll und was auf diesem Gebiet langfristig als „normal“ anzusehen ist.

¹ Wenn das amerikanische NOC beschließt, nicht nach Moskau zu fahren, handelt es sich formal um einen Boykott. Wenn die Regierung aber Druck ausübt, spricht man von einem „Moralischen Embargo“. Zieht die amerikanische Regierung dagegen die Pässe ein, um ihre Entscheidung auch gegen Widerstände durchzusetzen, dann sind alle Voraussetzungen eines Embargos erfüllt.

Das Embargo ist ein uraltes und häufig eingesetztes politisches Instrument². Ebenso alt und lang ist auch die Kette der Mißerfolge bei seinem Einsatz. Rechtlich blieb das Embargo bis ins 20. Jahrhundert ein umstrittenes Mittel der Außenpolitik. Erst durch die Entwicklung des Gedankens der kollektiven Sicherheit wurde das Embargo nach dem 1. Weltkrieg als Instrument der friedlichen Konfliktregelung anerkannt und sogar in die Satzung des Völkerbundes (Art. 16) und in die UN-Charta (Art. 41) eingeführt. Auf diesen Rechtsgrundlagen wurden zum Beispiel 1935/36 ein Embargo gegen Italien und 1965 das Embargo gegen Rhodesien³ verhängt, das der Sicherheitsrat der UN mit der Res. 460 (1979) am 21. 12. 1979 bei Stimmenthaltung der Sowjetunion und der Tschechoslowakei aufgehoben hat.

Mittel der Außenpolitik

Daneben sind seit 1945 viele bilaterale und kollektive Embargos verhängt worden: die Embargoempfehlungen der UN-Vollversammlung gegen Südafrika und Portugal (bis 1974), das Ost-West-Embargo der OEEC/OECD-Staaten von 1947, das Embargo der RGW-Staaten gegen Jugoslawien (1948-56 und 1958), das Ölembargo der Sowjetunion gegen Israel (1956), die Seeblockade und das Embargo gegen Kuba (1962), die Embargoversuche arabischer Öl-förderstaaten (1967 und 1973).

Die große Zahl und die Unver-drossenheit, mit der Embargos von

² Vgl. im einzelnen Rolf H a s s e : Theorie und Politik des Embargos, Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Band 25, Köln 1973 (Gutachten im Auftrag des BMWi).

³ Vgl. Rolf H a s s e : Wirtschaftliche Sanktionen als Mittel der Außenpolitik. Das Rhodesien-Embargo, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 263, Berlin 1977 (Gutachten im Auftrag des BMWi).

Politikern gefordert und beschlossen werden, steht im krassen Widerspruch zu ihren Ergebnissen und Kosten. Welche Ziele und Merkmale kennzeichnen wirtschaftliche Gebote und Verbote als ein Embargo, und warum scheitern sie?

Das Embargo ist ein Mittel der Außenpolitik. Es setzt – im Gegensatz zum (privatrechtlichen) Boykott – immer eine staatliche Initiative und Durchführung voraus. Es ist eine aggressive Form der internationalen Wirtschaftspolitik. Durch totale oder selektive Handels-, Kapitalverkehrs- und Transportverbote soll ein Staat/eine Staatengruppe wirtschaftlich diskriminiert und geschädigt werden. Die wirtschaftliche Schädigung wird als Vehikel benutzt, um die politischen Verhaltensweisen des

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Dr. Rolf Hasse, 39, ist wissenschaftlicher Assistent am Wirtschaftspolitischen Seminar der Universität zu Köln.

Petra Pissulla, Dipl.-Volkswirtin, leitet die Forschungsgruppe Osteuropa des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Prof. Dr. Valentin Fjodorow, 40, ist Vertreter des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Bonn.

Embargogegners zu beeinflussen. Dabei müssen die Embargoinitiatoren bereit sein, eigene wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen.

Erfolgsaussichten eines Embargos

Die politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Anforderungen wurden und werden immer unterschätzt, so daß alle Embargos zwar wirtschaftliche Schäden verursachen, aber ihr eigentliches politisches Ziel immer verfehlen. Die Hauptgründe für das Scheitern waren folgende Mängel:

- Die Überschätzung der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit und die Unterschätzung der Anpassungsfähigkeit und Ausweichmöglichkeiten des Embargogegners.
- Zeitliche Verzögerungen beim Einsatz des Embargos.
- Lückenhafte Embargolisten.
- Fehlende Universalität des Embargos.
- Administrative Lücken in den Embargokontrollen.
- Mangelnde wirtschaftliche und vor allem politische Solidarität zwischen den Embargoinitiatoren.

Man muß kein profunder Kenner des Embargos sein, um die internationalen Reaktionen auf das amerikanische Embargo in diese Liste einzuordnen und ein grobes Schätzurteil über die Erfolgsaussichten von isolierten und auch kollektiven wirtschaftlichen Sanktionen wagen zu können. Das Embargo ist nicht nur ein erfolgloses, sondern auch ein teures Instrument. Die Kosten beschränken sich nicht nur auf den Rückgang des Handels, bedeutender sind die negativen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Folgekosten. Jede politische Allianz verliert an Zu-

sammenhalt und Glaubwürdigkeit, wenn wirtschaftliche Sanktionen ergriffen und nicht eingehalten werden.

Ein Embargo hebt die internationale Rechtssicherheit auf, weil Verträge und langfristige Handelsbeziehungen unterbrochen werden. Diese Eingriffe in private Vermögens- und Eigentumsrechte schaffen Unsicherheit und beeinflussen nachhaltig den Grad der internationalen Arbeitsteilung. Wenn der internationale Wirtschaftsverkehr in Friedenszeiten zum Spielball einer schlecht konzipierten Außenpolitik wird, dürfen die ordnungspolitischen Schäden dieses politischen Interventionismus nicht unterschätzt werden.

Sonderproblem Osthandel

Diese Schlußfolgerungen gelten in erster Linie für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften. Im Grundsatz gelten sie aber auch für den Außenhandel mit Zentralverwaltungswirtschaften wie der Sowjetunion. Daraus ergibt sich eindeutig, daß ein *generelles* Embargo unzweckmäßig ist. Dieses Urteil erhält um so mehr Gewicht, je stärker allgemeine wirtschaftliche Sanktionen nur auf das RGW-Land Sowjetunion konzentriert werden sollen.

Diese Argumente werden auch von all denen vorgetragen, die für eine Fortsetzung des Ost-West-Handels wie bisher plädieren und die dabei ihre Position mit wirtschaftlichen Vokabeln untermauern wie: Gefahr eines Rückgangs der Umsätze und der Beschäftigung, kein Kreditrisiko bei den Ostkrediten usw. Hier wird bewußt oder unbewußt ein strategischer Denkfehler begangen. Es ist *nicht* statthaft, aus der zu erwartenden Erfolglosigkeit eines Embargos zu schließen, daß die jetzige Form der

Wirtschaftsbeziehungen „normal“ und unproblematisch sei. Die Befürworter dieser Auffassung drücken sich um die Entscheidung, ob es sich beim Ost-West-Handel um Wirtschaftsbeziehungen zwischen wirtschaftlichen und politischen *Partnern* oder zwischen langfristig politischen *Kontrahenten* handelt. Diese prinzipielle Einschätzung muß die Gestaltung der langfristigen Wirtschaftsbeziehungen prägen.

Die aktuelle Situation darf nicht dazu führen, sich nur über das Für

und Wider wirtschaftlicher Sanktionen als kurzfristige Reaktion auf die militärische Expansion der Sowjetunion zu streiten. Dies wäre Energieverschwendung. Es geht vielmehr um eine Überprüfung der politischen Grundlagen bzw. um eine Annäherung der wirtschaftlichen Formen der Wirtschaftsbeziehungen an die politischen Realitäten. Die zu beobachtenden Widerstände gegen diese Überlegungen beruhen m. E. auf einer Weigerung vor der Einsicht, daß hier eine Kluft besteht. Die Anerkennung dieser

Der Ost-West-Handel seit 1917

- 1917 bis 1921: Blockade und Embargo der Alliierten gegen die Sowjetunion.
- nach 1921 bis ca. 1930: Starkes Engagement westlicher Firmen in der Sowjetunion.
- 1931 bis 1933: Amerikanische und englische Handelsverbote gegenüber der Sowjetunion, teilweise mit Embargocharakter.
- 1940 bis 1945: Zusammenarbeit aufgrund des gemeinsamen Kriegszieles.

Aufbau des Ost-Embargos

- Ende 1947: Embargo der USA gegen die Sowjetunion.
- 1. Hälfte 1948: Embargo aller OEEC-Staaten gegen die Sowjetunion und alle späteren RGW-Staaten.
- 1. Januar 1950: Die Consultive Group (CG) und das Coordinating Committee (COCOM) nehmen in Paris ihre Arbeit als Koordinierungsstelle des Ostembargos auf.

Schrittweiser Abbau

- 1954 bis 1957: Auf Druck Großbritanniens und gegen den Widerstand der USA wurden die Embargolisten gekürzt. Das Embargo der USA blieb umfangreicher.
- 1956/57: Die USA lockerten einseitig das Embargo, indem sie nach den Unruhen in Polen Weizen und später auch Güter, die auf der Embargoliste standen, nach Polen lieferten. 1957 boten sie sogar Exportkredite an. Um diese Ausfuhren zu gestatten, wurde Polen attestiert, nicht mehr von einer fremden Macht dominiert zu werden. Ein wichtiger Promotor dieser Initiativen war J.F. Kennedy.
- 1958: Zweite große Kürzung der Embargoliste, wiederum auf Initiative von Großbritannien und über die Vorstellungen der USA hinaus.
- 1959 bis 1965: Röhrenembargo.

Abbau des Ostembargos durch die USA ab 1958

- ab 1958: Schrittweise Verringerung der US-Embargoliste und Anpassung an die der anderen OECD-Staaten.
- 1963/64: Große Weizenlieferungen der USA an die Sowjetunion, Polen und Ungarn.
- 1964: Die USA räumen Rumänien die Meistbegünstigung ein.
- 1965: Der Miller-Report empfiehlt eine größere Beweglichkeit im amerikanischen Osthandel, um die polyzentrischen Kräfte im RGW zu stützen.
- 1972: Amerikanisch-sowjetisches Handelsabkommen. Die USA räumen die Meistbegünstigung ein.
- 3. Januar 1975: Das US-Handelsgesetz von 1974 wird mit dem Jackson-Vanik-Amendment (Kopplung zwischen der Auswanderung der Juden und der Meistbegünstigung) verabschiedet. Die Sowjetunion betrachtet dies als Einmischung in die inneren Angelegenheiten und kündigt den Handelsvertrag von 1972.

Diskrepanz bedeutet für viele das Eingeständnis einer Fehleinschätzung.

Ideologisches Kampffeld

Für die Beantwortung dieser Frage ist es sinnvoll, das politische Element der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion seit 1917 und besonders nach dem 2. Weltkrieg zu betrachten (vgl. Kasten). Aus dieser Entwicklung können mehrere Schlußfolgerungen gezogen werden, die über die Feststellung der ordnungspolitischen Besonderheiten des Ost-West-Handels hinausreichen:

□ Für die Sowjetunion ist der Westhandel immer ein besonderes ideologisches Kampffeld gewesen, und auch die demokratischen

Staaten verfolgten in der Regel positive oder negative politische Ziele.

□ Zwischen den westlichen Industriestaaten gab es während des Ostembargos häufig große Meinungsdifferenzen. Vor allem Großbritannien plädierte für Lockerungen, da es sich nach den großen Auftragsversprechungen der Sowjetunion eine Besserung der Zahlungsbilanz versprach. Die Formel „Wandel durch Handel“ tauchte auf.

□ Die Embargos gegen die Sowjetunion haben die politischen Verhaltensweisen dieses Landes nie nachhaltig verändert.

□ Die Sowjetunion hat ihre langfristigen ideologischen Ziele nie auf-

gegeben und nie verleugnet. Das Konzept der friedlichen Koexistenz ist von allen sowjetischen Führern immer als Zwischenphase des revolutionären Kampfes definiert worden. Die Verhaltensweisen der Sowjetunion in den internationalen Konflikten nach 1945 ließen nie eine andere Schlußfolgerung zu⁴.

□ Der Weizen spielte auf amerikanischer Seite immer eine große Rolle, in der Vergangenheit allerdings als Mittel, um das Embargo zu lockern. Der Schritt von Januar 1980 ist auch in der Geschichte der

⁴ Vgl. Reinhold Biskup: Sowjetpolitik und Entwicklungsländer. Ideologie und Strategie in der sowjetischen Politik gegenüber Entwicklungsländern, Freiburg-Bern 1970, insbesondere S. 55-66. Besonders interessant sind auch die Ausführungen über die sowjetische Politik gegenüber Afghanistan (S. 21-31).

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Axel Borrmann, Christine Borrmann, Manfred Stegger

DAS ALLGEMEINE ZOLLPRÄFERENZSYSTEM DER EG

Lange Zeit herrschte in Wissenschaft und Politik Unklarheit über die tatsächliche Effizienz allgemeiner Zollpräferenzen. Mit der vorliegenden Studie wurde eine Datenbasis geschaffen, die erstmals eine detaillierte Evaluierung des Präferenzsystems erlaubt. Darüber hinaus werden die handelsstimulierenden Effekte der Präferenzen analysiert sowie der Stellenwert des Allgemeinen Zollpräferenzsystems der EG im System präferenzierter Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ermittelt.

Großoktav, 306 Seiten, 1979, Preis brosch. DM 36,—

ISBN 3-87895-187-6

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

Embargos ein Sonderfall. Nahrungsmittelembargos gehören zwar zu den wirksamsten Mitteln überhaupt, sie wurden aber aus humanitären Gründen meistens ausgeklammert⁵. Es kann wohl angenommen werden, daß den USA die Entscheidung durch die Umstände erleichtert wurde, daß es sich nicht um ein Totalembargo und daß es sich „nur“ um Futtermittelgetreide handelt; außerdem wird die Belieferung der anderen RGW-Staaten nicht unterbrochen.

Abbau der Verbote

Wenn man die gesamte politische und militärische Situation der USA in die Beurteilung einbezieht, ist das Weizenembargo ein Zwischenspiel, fast eine Verlegenheitslösung, weil es das einzige schnell verfügbare Mittel gewesen ist, um „Flagge zu zeigen“ und um Störungen zu verursachen. Dieses Futtermittelembargo kann erhebliche, verzögerte Wirkungen in notorisch kränkelnden Bereichen der Sowjetwirtschaft haben. Kurzfristig erreicht man eine merkliche Verschlechterung der Terms of Trade. In Phasen größerer militärischer und politischer Stärke hat sich die amerikanische Regierung immer geweigert, ein Nahrungs- oder Futtermittelembargo zu verhängen.

Die Klagen der Sowjetunion müssen auch vor dem Hintergrund der eigenen Argumentation in einem anderen Fall gesehen werden. Als Australien von 1965 bis 1970 insgesamt rd. 330 000 Tonnen Weizen nach Rhodesien lieferte und damit die dortigen Ernteausfälle ausglich, berief es sich auf die Ausweichklausel der Embargoresolution 253 (1968) des UN-Sicherheitsrates gegen Rhodesien (erlaubter Handel aus humanitä-

ren, wissenschaftlichen und medizinischen Gründen). Damals klagte die Sowjetunion Australien an, das Rhodesien-Embargo vorsätzlich gebrochen zu haben!

Das Fazit ist: Die Sowjetunion ist kein politischer Partner, sondern ein entschiedener Kontrahent. Selbst wenn hierüber in der Diagnose keine fundamentalen Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten, so sind sie in bezug auf die Strategie der westlichen Staaten bei der Gestaltung ihres Osthandels um so größer. Es wurde in den sechziger Jahren nicht nur das Ostembargo fast vollständig aufgehoben, es wurde darüber hinaus die Zielsetzung auf die Formel „Wandel durch Handel“ umgekehrt. Anders können die folgenden entscheidenden Veränderungen kaum interpretiert werden, die den Übergang vom Abbau der Verbote zu einer forcierten Entwicklungspolitik kennzeichnen:

- Genehmigung des Baus kompletter Anlagen auch für strategische Güter (LKW-Fabrik),
- Gewährung umfangreicher, langfristiger Kredite zu teilweise sehr großzügigen Konditionen.

Hinzu kommen die Verhaltensweisen der privaten Osthändler, die zwar laut klagen, aber bei diesen Geschäften Bedingungen (z. B. Kompensationsgeschäfte) akzeptieren, die sie anderswo eindeutig ablehnen. Osthandel muß eben in jeder Hinsicht etwas anderes sein.

Aber auch hierfür gilt: Ebenso wenig wie bisher mit einem Embargo politische Ziele erzwingbar waren, ist es zweckmäßig, bei einem politischen Kontrahenten mit wirtschaftlichen Mitteln die umgekehrte politische Zielsetzung anzustreben und einen politischen Wandel durch Handel und wirtschaftliche Entwicklung zu versuchen. In ge-

wisser Weise ähnelt die Osthandelspolitik der letzten zehn Jahre einer Facette der merkantilistischen Form des Embargos, wie sie von Frankreich während der Kontinentalsperre (1798-1814) gegen England angewendet wurde: Der Import der englischen Waren wurde verboten, gleichzeitig förderte die französische Regierung mit Prämien den Export nach England!

Rückkehr zur „Normalität“

Die im Osthandel entstandene Kluft zwischen politischen und wirtschaftlichen Einschätzungen und Fakten ist langfristig riskant und muß geschlossen werden. Dazu gehört nicht, daß man kurzfristige, nicht abgesicherte Handelsverbote ergreift oder ein umfassendes Embargo versucht. Zu einer realistischen, langfristigen Gestaltung des Osthandels sind zuallererst zwei Änderungen zu zählen:

- Der Osthandel und dabei insbesondere der Handel mit der Sowjetunion muß wieder stärker dem Prinzip der Barzahlung angenähert werden. Auf jeden Fall müßte der staatlich geförderte Wettbewerb mit günstigen Konditionen für Ostkredite aufhören.
- Es muß überdacht werden, welche Produkte oder Produktionsanlagen als strategisch einzuschätzen sind und deshalb wirksam anderen Regeln im Osthandel unterworfen werden müssen. Zum Beispiel würde eine Genehmigung, generell und erst recht zu den vereinbarten Bedingungen, für den Bau eines LKW-Werkes in der Sowjetunion dann nicht mehr erteilt werden.

Diese Regeln halten bei fairer und nüchterner Beurteilung der Möglichkeiten auch den Einwänden stand, daß sie den unterschiedlichen Situationen der RGW-Staaten nicht gerecht würden.

⁵ Vgl. Rolf Hasse: Theorie und Politik des Embargos, a. a. O., S. 402-411.

Petra Pissulla

Die deutsch-sowjetischen Handelsverflechtungen

Der Anteil der Sowjetunion am Welthandel der USA ist erheblich niedriger, als dies bei der Bundesrepublik der Fall ist. Für die amerikanische Wirtschaft bestehen also geringere wirtschaftliche Bedenken gegen eine Reduzierung des gegenseitigen Warenaustausches als für die Bundesrepublik. Die Frage, ob ein generelles Embargo der westlichen Staaten gegen die Sowjetunion diese in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen könnte, müßte im Falle eines deutschen Embargos besser lauten, ob nicht die deutsche Wirtschaft ebenso wie die sowjetische gleichermaßen hart betroffen würde.

Der deutsche Export in die Sowjetunion hatte im Jahre 1978 mit 6,3 Mrd. DM immerhin einen Anteil am deutschen Weltexport von 2,2 % (1979: 6,6 Mrd. DM und 2,1 %). Die wichtigsten Ausfuhrgüter waren mit fast 67 % am Gesamtexport in die UdSSR die Enderzeugnisse, darunter im wesentlichen Maschinen und Ausrüstungen, gefolgt von Vorerzeugnissen mit einem Anteil von 30 % (vgl. Tabelle 1). Am deutschen Weltexport von Enderzeugnissen hatte die UdSSR einen Anteil von 2,2 %, am Weltexport von Vorerzeugnissen sogar einen von fast 4 %.

Zwar könnte ein konsequent durchgeführtes gemeinsames Embargo der westlichen Industriestaaten

die sowjetischen Wirtschaftspläne sicherlich durcheinanderbringen, ruinieren aber würde es die Sowjetwirtschaft nicht. Statt dessen könnten die westlichen Industrieländer Schädigungen ihrer eigenen Wirtschaften kaum vermeiden. Selbst wenn man als mög-

liche Basis für ein Embargo zunächst nur von der sogenannten COCOM-Liste ausgeht, die strategisch wichtige Güter gegenwärtig einer Ausfuhrkontrolle, d. h. einer Ausfuhrgenehmigungspflicht unterstellt¹, so würde bei einer strikten Anwendung eines Ausfuhrver-

Tabelle 1
Ausfuhr der Bundesrepublik in die Sowjetunion nach wichtigsten Produktgruppen 1978

Produktgruppe	Exporte in Mill. DM	Anteile in % des Gesamtexports in die UdSSR	Anteile in % des Gesamtexports der Bundes- republik
1	2	3	4
Gesamtexport	6301,4	100	2,2
Vorerzeugnisse	1894,5	30,1	3,8
davon:			
Papier und Pappe	52,5	0,8	2,6
Kunststoffe	98,8	1,6	1,2
sonst. chem. Vorerzeugnisse	230,2	3,7	2,4
Stahlrohre	331,3	5,3	12,9
Stab- und Formeisen	284,2	4,5	7,1
Blech aus Eisen	764,0	12,1	14,8
Enderzeugnisse	4201,9	66,7	2,2
davon:			
sonstige Eisenwaren	656,5	10,4	6,0
Werkzeugmaschinen	846,2	13,4	11,4
Textilmaschinen	69,3	1,1	1,8
Kraftmaschinen	170,4	2,7	6,9
Pumpen	215,4	3,4	4,5
Fördermittel	97,5	1,6	3,0
Papier- und Druckmaschinen	83,5	1,3	2,9
Nahrungsmittelmaschinen	67,1	1,1	2,7
sonstige Maschinen	942,6	15,0	5,0
elektrotechnische Erzeugnisse	419,1	6,7	1,4
sonst. chemische Erzeugnisse	159,2	2,5	3,1

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel) 1978.

botes – trotz der im Laufe der Jahre vorgenommenen umfangreichen Liberalisierung – eine Reihe von Produkten betroffen sein, deren Export in die Sowjetunion für die Bundesrepublik im Rahmen ihres Welthandels einen wichtigen Stellenwert besitzt.

Unter Abschnitt A der Ausfuhrliste fallen Waffen, Munition und Rüstungsmaterial, die im Handel der Bundesrepublik mit der Sowjetunion aufgrund der allgemeinen politischen Situation ohne Bedeutung sind, unter Abschnitt B u. a. Reaktoren und Natururan, die für die Bundesrepublik aufgrund der Urananreicherungsverträge mit der UdSSR bereits von größerer Bedeutung sind, und unter Abschnitt C fallen schließlich etliche für den Export der Bundesrepublik in die Sowjetunion wichtige Güter. Dabei handelt es sich z. B. um Produkte der NE-Metallindustrie und der Eisen- und Stahlindustrie, wie qualitativ hochwertige Bandstähle, Stahlbleche, Rohre und Rohrleitungen, sowie Kraftmaschinen, hochwertige Pumpen, Werkzeugmaschinen zur Metallbearbeitung, Walzwerke und Präzisionsmaschinen für die elektronische/elektrotechnische und für die chemische Industrie.

Aus der sowjetischen Außenhandelsstatistik läßt sich zwar ablesen, daß bei einigen Gütern dieser Produktbereiche eine relativ hohe „Importabhängigkeit“ der Sowjetunion von der Bundesrepublik besteht, d. h. die Sowjetunion einen hohen Anteil ihres Importbedarfs in der Bundesrepublik deckt, umgekehrt aber zum Teil ebenfalls hohe „Exportabhängigkeiten“ der Bundesrepublik von der Sowjetuni-

¹ Die COCOM-Liste ist im Falle der Bundesrepublik in der deutschen Ausfuhrliste enthalten; vgl. 27. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung vom 24. September 1973, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 183 vom 28. September 1973.

Tabelle 2

Bezugsanteile der Sowjetunion an den Gesamtexporten der Bundesrepublik Deutschland in ausgewählten Produktbereichen 1978

Produktgruppe	Exporte in die UdSSR in Mill. DM	Anteile in % des Gesamtexports der Bundesrepublik	Rangplatz der Sowjetunion in der Abnehmerfolge
1	2	3	4
Vorerzeugnisse			
Pergamentpapier	16,4	50,6	1
Fantasiepapier	12,2	18,9	1
and. Papier und Pappe nur überzogen	3,8	12,8	2
Filterplatten u. ä.	3,7	13,2	2
Breitflachstahl	25,8	24,6	2
Bandstahl, kaltgewalzt	138,7	27,4	1
Bandstahl, plattiert	7,5	14,4	2
Bandstahl, kunststoff-beschichtet	11,2	37,5	1
Bleche, kaltgewalzt	638,7	31,4	1
Weißblech	57,7	11,9	1
Rohre aus Wälzlagerstahl	2,9	11,5	2
Ölfeld- und Brunnenrohre	23,4	8,7	3
Präzisionsstahlrohre, nahtlos, aus nicht leg. Stahl	64,9	15,8	2
Präzisionsstahlrohre, geschweißt, aus nicht leg. Stahl	40,2	21,2	1
andere Rohre, nahtlos, nicht leg.	117,6	15,7	2
Druckrohrleitungen aus Stahl, längsnahtig	510,4	66,2	1
Rohrleitungen für andere Zwecke	72,8	54,0	1
Enderzeugnisse			
Vakuumpumpen	5,0	8,8	3
Radial-Axial-Turbokompressoren	12,3	5,0	4
Zentrifugen, nicht für Nahrungsmittelindustrie	16,5	14,7	1
Filterapparate für chemische Industrie	4,0	10,8	3
Filterapparate für Luft u. a. Gase	85,8	42,7	1
Verpackungsmaschinen	31,1	5,5	5
Vor- und Aufbereitungsmaschinen für Baumwolle	6,2	5,9	3
Rundwirkmaschinen	10,4	11,1	1
Spitzendrehmaschinen	9,1	8,9	3
Drehautomaten	51,1	64,5	1
Karusseldrehmaschinen, code-gesteuert	47,1	59,1	1
andere Drehmaschinen	11,8	33,7	1
andere Einspindeldrehautomaten	30,9	23,6	1
Bohr- und Fräswerke	20,6	28,6	1
Ausbohrmaschinen, code-gesteuert	17,7	64,8	1
andere Ausbohrmaschinen	14,6	31,6	1
andere Bohrmaschinen, code-gesteuert	10,1	33,4	1
Handhebelfräsmaschinen	18,2	13,0	1
andere Fräsmaschinen	19,4	15,1	1
Flachfeinschleifmaschinen	36,5	29,1	1
Rundfeinschleifmaschinen	19,0	16,3	1
andere Schleifmaschinen	16,2	9,1	2
fertige Straßen, spanabhebend	31,0	15,1	1
Maschinen f. Ziegel- u. Keramikindustrie	6,5	12,1	1

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 2, Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel) 1978.

on als einem ihrer wichtigsten Abnehmer bestehen (vgl. Tabellen 2 und 4). Es bleibt also zu fragen, wessen Probleme im Falle eines Ausfuhrverbots die größeren wären, diejenigen der Bundesrepublik, die für Teilbereiche einen ihrer größten Märkte verlöre, oder diejenigen der Sowjetunion, die versuchen müßte, gleichwertige Lieferanten zu finden. Da ein Embargo der Bundesrepublik gegen die Sowjetunion allein vollkommen wirkungslos bleiben müßte, die Bundesrepublik also auch die übrigen Ostblockländer in ihre Lieferersperre einbeziehen und damit den Verlust weiterer Märkte hinnehmen müßte, dürfte sich diese Frage von selbst beantworten.

Spürbare Umsatzeinbußen

Eine Umfrage der FAZ bei deutschen Industrieverbänden² bestätigt im Falle eines Lieferstopps die besondere Belastung der Eisen- und Stahlindustrie, die 1979 rund 10 % ihrer Ausfuhren in der Sowjetunion bzw. 12 % im europäischen Ostblock insgesamt absetzte. Während der Verband Deutscher Maschinenbauanstalten laut dieser Umfrage ein totales Embargo gegen die Sowjetunion für „verkräftbar“ hält (3,5 % der gesamten Ausfuhren des Maschinenbaus gingen 1979 an die UdSSR, 7 % an den Ostblock insgesamt), fürchtet der Verband der chemischen Großindustrie bei gegenwärtig zwar geringeren Ostausfuhranteilen (UdSSR: 2 %, Ostblock insgesamt: 6 %) vor allem eine Gefährdung der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten im Osthandel. In jedem Fall dürfte außer Frage stehen, daß für etliche deutsche Firmen mit hohen Osthandelsanteilen spürbare Umsatzeinbußen zu verzeichnen wären, die in Einzelfällen durchaus nicht mehr „verkräftbar“ sein könnten.

Diese selbst verursachten Auswirkungen eines Embargos gegen die Sowjetunion auf die deutsche Wirtschaft dürften allerdings nicht die einzigen bleiben. Man müßte doch wohl davon ausgehen, daß die Sowjetunion eine westliche Lieferersperre ihrerseits mit einem Gegenembargo beantworten würde. Die Bundesrepublik ist als rohstoffarmes Land bei den meisten wichtigen Basisrohstoffen zu 100 % importabhängig, so z. B. bei Bauxit, Mangan, Titan, Rohphosphat und

Zinn sowie bei Stahlveredlern wie Chrom, Nickel, Wolfram u. a. Bei Kupfer beträgt die Importabhängigkeit 99 %, bei Eisen 98 %, bei Blei 87 %, bei Zink 65 % und – nicht zu vergessen – bei Roherdöl 95 %³.

Die Sowjetunion als eines der reichsten Rohstoffländer gilt dagegen beispielsweise als der Welt größter Produzent von Mangan, Eisen und Metallen der Platingruppe und als zweitgrößter Weltproduzent von Nickel. Sie besitzt die

Tabelle 3
Lieferanteile der Sowjetunion am Import ausgewählter Rohstoffe der Bundesrepublik 1978

Produktgruppe	Weltimporte der Bundesrepublik in Mill. DM	Importe aus der UdSSR in Mill. DM	Spalte 3 in % der Spalte 2
1	2	3	4
Roherdöl	19 970,2	534,9	2,7
Kraftstoffe, Schmiermittel, Erdgas	17 007,8	2 403,4	14,1
davon: Erdgas	5 441,6	ca. 850,0 ^a	ca. 16,0
Rohphosphate	203,2	28,4	14,0
Erze			
Eisenerze	1 981,3	21,2	1,1
Zinkerze	158,0	0,4	0,25
Chromerze	55,6	5,85	10,5
Titanerze	41,2	0,29	0,7
E-Metalle			
Roheisen	95,6	1,03	1,1
Ferrosilizium üb. 60-80 % Si	105,7	5,4	5,1
Ferrochrom üb. 0,5 - 4 % Kohlenst.	4,43	1,82	41,1
Ferrochrom üb. 4 % Kohlenstoff	149,2	2,98	2,0
NE-Metalle			
Kupfer, nicht legiert	1 151,2	12,4	1,1
Rohnickel, nicht legiert	317,4	56,9	17,9
Rohaluminium, nicht legiert	576,8	6,5	1,1
Hüttenaluminium, legiert	283,0	1,2	0,4
Umschmelzaluminium, legiert	92,9	11,2	12,1
Rohmagnesium	58,4	4,6	7,9
Titan, roh	29,2	5,95	20,4
Titan, verarbeitet	31,0	1,1	3,4
Edelmetalle			
Gold, unbearbeitet	1 242,2	420,0	33,8
Platin, unbearbeitet	117,5	10,2	8,7
Palladium, unbearbeitet	40,6	14,0	34,5

^a Annäherungswert, berechnet aus dem Gesamtimportwert der Gruppe Kraftstoffe, Schmiermittel und Erdgas abzüglich der in Reihe 2 der deutschen Außenhandelsstatistik ausgewiesenen Einzelimportpositionen von Kraftstoffen und Schmiermitteln.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 2, Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), 1978 und Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel) 1978.

größten Vanadiumvorkommen der Erde mit fast 75 % aller bekannten Lagerstätten, 37,5 % aller Mangankvorkommen, 15,6 % der Platin-, 14 % der Kobalt-, 13 % der Zink-, 11 % der Nickel-, 10 % der Blei-, 9 % der Wolfram- und 8 % der Kupfervorkommen⁴. Außerdem befinden sich zwei der größten Phosphatlagerstätten in der Sowjetunion.

Im Verhältnis zu ihrem Rohstoffpotential liefert die Sowjetunion nur vergleichsweise wenig Rohstoffe und Halbwaren in die Bundesrepublik, bei denen sich im Falle einer sowjetischen Liefersperre allerdings – zumindest kurzfristige – Beschaffungsprobleme ergeben könnten, und zwar bei Rohphosphaten, Chromerzen, Ferrochrom, Rohnickel, Aluminium, Titan, unbeebeitetem Gold und Metallen der Platingruppe wie Palladium sowie bei Kraftstoffen, Schmiermitteln und Erdgas (vgl. Tabelle 3). Zwar wird die Bundesrepublik in den meisten Fällen in der Lage sein, relativ schnell auf andere Lieferländer auszuweichen (vgl. Tabelle 5), bei seltenen Rohstoffen könnte dies jedoch durchaus Probleme mit sich bringen. Dies war bereits 1979 der Fall, als die Sowjetunion ihre Titanlieferungen in die Bundesrepublik aufgrund eines gestiegenen Eigenbedarfs einstellte, nachdem sie noch im Jahre 1978 20 % des deutschen Titangesamtimportbedarfs gedeckt hatte. Die fehlenden Mengen ließen sich nur mit Mühe und zu überhöhten Preisen in Fernost beschaffen⁵.

² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 18 vom 22. 1. 1980.

³ Vgl. BMWi (Hrsg.): Mineralische Rohstoffe, Bonn-Duisdorf 1979, S. 6; Mineralölwirtschaftsverband e. V./Arbeitsgemeinschaft Erdölgewinnung und -verarbeitung (Hrsg.): Jahresbericht 1978, Hamburg, S. T 10.

⁴ Vgl. Der Spiegel, Nr. 9 vom 25. 2. 1980, S. 157.

⁵ Vgl. ebenda, S. 158.

Tabelle 4
Lieferanteile der Bundesrepublik an den Gesamtimporten der Sowjetunion in ausgewählten Produktbereichen 1978

Produktgruppe	Weltimporte der UdSSR in Mill. Rubel	Importe aus der Bundesrepublik in Mill. Rubel	Spalte 3 in % der Spalte 2
1	2	3	4
Gesamtimport	34 500,0	1 941,6	5,6
Rohre	1 103,4	313,1	28,4
Pumpen	96,5	9,1	9,4
Weißbleche	40,2	19,2	47,8
Kaltgewalzter Bandstahl	95,3	64,1	67,3
Schwarzmetallwalzgut	886,5	267,8	30,2
Walzgutausrüstungen	330,1	101,2	30,7
Werkzeugmaschinen zur Metallbearbeitung	683,1	135,4	19,8
Pumpen/Kompressor-ausrüstung	210,3	24,2	11,5
Ausrüstung f. d. chem. Industrie	1 743,5	238,3	13,7
Ausrüstung f. d. Automobilindustrie	118,1	23,8	20,1
Energetische Ausrüstungen	230,4	3,6	1,5
Elektrotechnische Ausrüstungen	474,8	8,5	1,8
Kunststoffe u. Produktionsmaterialien	261,8	53,4	20,4

Quelle: Vneschnaja torgovlja SSSR v 1978 g, Moskau 1979.

Tabelle 5
Hauptlieferländer der Bundesrepublik bei ausgewählten Rohstoffen 1978

Produktgruppe	Hauptlieferländer
Roherdöl	Iran, Saudiarabien, Libyen, Algerien, Nigeria, Vereinigte Emirate
Kraftstoffe	Niederlande, UdSSR, Belgien/Luxemburg, Frankreich, Rumänien
Rohphosphate	USA, UdSSR, Marokko, Tunesien
Erze	
Eisenerze	Brasilien, Schweden, Liberia, Australien, Südafrika, Kanada
Zinkerze	Kanada, Mexiko, Schweden, Südafrika
Chromerze	Südafrika
Titanerze	Kanada, Australien, Norwegen
E-Metalle	
Roheisen	Brasilien, Kanada, Schweden
Ferrosilizium	Norwegen, Frankreich, Spanien
Ferrochrom,	
0,5-4% Kohlenst.	UdSSR, Frankreich
Ferrochrom,	
üb. 4% Kohlenst.	Südafrika, Schweden, Finnland
NE-Metalle	
Rohkupfer	Chile, Südafrika, Polen, Belgien/Luxemburg, Sambia
Rohnickel	UdSSR, Norwegen, Südafrika, Großbritannien, USA, Kanada
Rohaluminium	Norwegen, Großbritannien, Frankreich, Ägypten
Rohmagnesium	Norwegen, USA, Italien
Rohtitan	Japan, UdSSR, Großbritannien
Titan, verarbeitet	Japan, Großbritannien, USA
Edelmetalle	
Gold, unbearbeitet	Schweiz, UdSSR, Belgien/Luxemburg, Südafrika
Platin, unbearbeitet	Großbritannien, Südafrika, UdSSR
Palladium, unbearbeitet	UdSSR, Großbritannien, USA

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 2, Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), 1978.

Valentin Fjodorow

Der Außenhandel ist kein Versuchsgelände

Der Fortschritt, der in den siebenziger Jahren in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen erreicht wurde, war von einer intensiven Erforschung dieser wichtigen Sphäre der Zusammenarbeit begleitet. Die Zahl der entsprechenden Bücher und Artikel in allen Sprachen kann wahrscheinlich nicht genau bestimmt werden. Es scheint, daß die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen heute auf einer zuverlässigen geistigen Grundlage beruhen, nämlich auf der Erkenntnis, daß diese Beziehungen von gegenseitigem Nutzen sind.

Die jüngsten Aktionen von US-Präsident Carter lassen jedoch erkennen, daß er den Handel als Instrument, oder genauer gesagt, als Anhängsel der Politik gegenüber anderen Ländern betrachtet. Diese Maßnahmen tragen willkürlichen Charakter, sie beweisen sowohl mangelndes wirtschaftliches Verständnis als auch eine allgemeine Unwissenheit über historische Lehren.

Warum treiben die Länder Handel miteinander? Die Antwort ist klar: Weil ihnen das Vorteile bringt. Wenn ein Kaufmann sich mit einer solchen Feststellung zufrieden geben kann, so muß ein Wirtschaftswissenschaftler ergründen, wo eigentlich die Quellen für diesen gegenseitigen Vorteil zu suchen sind. Natürlich basieren der Sozialismus und der Kapitalismus auf verschiedenen ökonomischen Prinzipien, aber sie unterliegen einem ge-

meinsamen ökonomischen Gesetz, nämlich dem Gesetz der Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

Gegenseitige Vorteile

Die Erhöhung jeder Produktion ist den Forderungen dieses Gesetzes unterworfen. Zu den wichtigsten Mitteln, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, gehören die Arbeitsteilung, die Spezialisierung und Kooperation sowohl innerhalb der verschiedenen Länder als auch auf internationaler Ebene. Das Gesetz der Arbeitsproduktivität, ein allgemeines Gesetz der politischen Ökonomie, weil es immer wirksam ist, bildet die Hauptantriebskraft der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sie ist das Fundament, auf dem die Weltwirtschaft entstanden ist, die den Sozialismus und den Kapitalismus einbezieht. Hier liegt die Erklärung für den gegenseitigen Vorteil, ein Terminus, der aus der Handelssprache schon lange in die wissenschaftliche Literatur eingegangen ist. Die Steigerung der Produktivität, die aus der internationalen Arbeitsteilung hervorgeht, bringt diesen gegenseitigen Vorteil hervor, sie regt die westlichen Länder an, häufig entgegen dem Wunsch gewisser politischer Kreise, wirtschaftliche Beziehungen zu den Ländern des Sozialismus aufzunehmen.

Es ist charakteristisch, daß man im Westen schon lange die Vorzüge der internationalen Arbeitstei-

lung anerkennt. Dessenungeachtet wenden sich gerade deshalb einige Kreise gegen den Ausbau der Kontakte mit den sozialistischen Ländern, weil sie hoffen, diese vom weiteren internationalen wissenschaftlichen und technischen Fortschritt „ausschließen“ zu können. Es ist leicht zu begreifen, daß ein solches Vorhaben nur Einbußen zur Folge haben kann, häufig gegenseitige Verluste, aber keineswegs irgendeinen Nutzen.

Nachteile eines Embargos

Wie wir wissen, liegen allen ökonomischen Prozessen Widersprüche zugrunde, die man nicht aufheben, wohl aber lösen kann. Der Handel wird auch von einem Widerspruch hervorgebracht, von der Nichtübereinstimmung der Bedürfnisse und der Mittel zu ihrer Befriedigung in der einzelnen Volkswirtschaft, oder anders ausgedrückt, durch die Nichtübereinstimmung der Verbrauchs- und Angebotsstrukturen. Nehmen wir an, daß die Ressourcen eines beliebigen Landes nicht ausreichen oder nicht optimal genutzt werden können. Dieser Widerspruch wird von dem betreffenden Land dadurch gelöst, indem es sich des Weltmarkts bedient. Wenn man den Weltmarkt als Voraussetzung für eine höhere Produktivität betrachtet – mitunter ist er auch die Voraussetzung für die Existenz einer Reihe von Wirtschaftszweigen –, dann ist klar, daß das Gesamtvolumen des Ver-

brauchs innerhalb der Grenzen einer Volkswirtschaft durch den Außenhandel größer wird, als es ohne ihn der Fall wäre. Die Vereinigten Staaten bilden da natürlich keine Ausnahme. Der Außenhandel ist kein Versuchsgelände für unbedachte Übungen, sondern ein kompliziertes Netz von Beziehungen, die sich allmählich herausbilden. Deshalb hat die Geschäftswelt in den USA selbst die Manöver Carters mit Besorgnis aufgenommen.

Nötigung ist im Wirtschaftsleben eine uneffektive Methode. Um das zu verstehen, muß man nicht erst Adam Smith oder David Ricardo studieren, man braucht nur nüchtern die reale Welt zu betrachten. Die USA können mit Embargomaßnahmen ihre eigenen inneren Probleme nur verschärfen. Diese Probleme haben das Land bereits an den Rand einer Wirtschaftskrise gebracht. Die Sanktionen Carters werden die USA 5 Mrd. \$ kosten. Und das ist ein schmerzhafter Stoß für eine Wirtschaft, der es an Stabilität gebracht. Aufgrund dieser Maßnahmen des US-Präsidenten ist das Schicksal von 28 Projekten in Höhe von 20 Mrd. \$, die von amerikanischen Firmen angeboten worden sind, ungeklärt. Man könnte diese Liste von Verlusten ohne weiteres fortsetzen.

Die US-Regierung versucht, die rückläufige Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung durch höhere militärische Ausgaben abzufangen. Aber ein solches Vorgehen ist nicht nur unwirksam, sondern auch gefährlich. Der militärisch-industrielle Komplex, vor dem schon Eisenhower gewarnt hat und den Carter, wie er noch vor kurzem versprach, „zurückstutzen“ wollte, erlebt derzeit seine höchste Blüte.

Während die USA die Lieferung ziviler Güter an die Sowjetunion verweigern, erhöhen sie gleichzei-

tig ihren Waffenexport. Raketen statt Getreide, so sieht der Beitrag des Humanisten Carter zum Welt-handel aus. Die Regierung Carter hat in letzter Zeit willkürlich und einseitig die meisten Verträge und zwischenstaatlichen Abkommen und Vereinbarungen verletzt, darunter eine ganze Anzahl noch vor der sogenannten afghanischen Frage.

Gemeinsame Verluste

Entgegen vielen Erwartungen reduziert die wissenschaftlich-technische Revolution nicht den Bedarf an Rohstoffen, sondern erhöht ihn in den Ländern mit einer hochentwickelten Wirtschaft. Außerdem zeigt die Praxis, daß die Möglichkeit, Metalle durch synthetische Stoffe zu ersetzen, beschränkt ist. Im Widerspruch zu diesen Fakten steht manchmal im Westen eine gewisse überhebliche Haltung gegenüber dem hohen Anteil an Naturrohstoffen in der Außenhandelsbilanz jener Länder, die reiche Bodenschätze besitzen.

Nicht nur die Gegenwart, sondern insbesondere die Zukunft Westeuropas liegt auf dem Weltmarkt. Dieser umfaßt auch die Gemeinschaft der sozialistischen Länder, die sich sowohl qualitativ als auch quantitativ rasch entwickelt (Strukturverbesserung des Außenhandels, Entstehung neuer Formen der Zusammenarbeit).

Wie einst in den bekannten Kurorten, kann man heute im fernen und reichen Sibirien die Vertreter führender westlicher Firmen treffen, die dort Kompensationsgeschäfte abwickeln und wirtschaftliche Beziehungen mit sowjetischen Betrieben aufnehmen.

Aufgrund der historischen, geographischen und natürlichen Gegebenheiten waren und bleiben die europäischen Länder eng mitein-

ander verbunden. In letzter Zeit ergaben sich neue Aufgaben, die nur durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden können. Als Beispiele nenne ich hier nur den Umweltschutz und die Energieprobleme. Wir leben in der Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution, in der so altgewohnte Begriffe wie Zeit und Raum sich verändern. Es verstärken sich die wissenschaftlichen Kontakte zwischen den Ländern. Dank der internationalen Kooperation und dem Austausch von Know-how wächst der Reichtum der Menschheit. Wenn zwei Länder eine Ware austauschen, bleibt jedem Land nur eine Ware. Aber wenn sie Ideen austauschen, besitzt jedes Land schließlich zwei Ideen. In Europa gibt es bekanntlich mehr als dreißig Länder.

Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts ist die gesamteuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit so weit vorangekommen, daß ein Rückschritt in dieser Hinsicht, wie ihn die von Carter gewünschten Wirtschaftssanktionen zweifellos bewirken würden, zu großen gemeinsamen Verlusten geführt hätte.

Überholter Standpunkt

Wer in den Beziehungen zur Sowjetunion zum Knüppel des Boykotts greifen möchte, sollte sich die lehrreichen und in vieler Hinsicht für die Verfechter von Boykottmaßnahmen bitteren Erfahrungen der Geschichte vor Augen halten. Seinerzeit erwies sich die Doktrin der „geschlossenen Türen zum Osten“ als zu verlustreich, als daß man sie heute wieder ernsthaft ins Auge fassen könnte.

Im Westen sah man während der ersten Jahre der Sowjetmacht reale Prozesse im Zerrspiegel und glaubte, der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und sein

Entwicklungstempo hänge davon ab, ob westliche Länder wirtschaftliche Beziehungen mit der UdSSR aufnehmen wollen.

Heute stellen sich im Westen wiederum gewisse Leute auf diesen längst überholten Standpunkt. Man versucht durch die Weigerung, Getreide zu liefern, die Nahrungsmittelversorgung in der Sowjetunion zu verschlechtern. Aber erstens treibt die Sowjetunion mit 125 Ländern Handel, und zweitens – das ist das Wichtigste, wenn wir der veränderten Lage Rechnung tragen wollen – werden jetzt in der UdSSR alle inneren Ressourcen mobilisiert. Die Sowjetunion verfügt über das notwendige Potential für die Lösung beliebiger Aufgaben in der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik.

Dank der internationalen Arbeitsteilung kann die Sowjetunion ihre Pläne in kürzeren und optimalen Fristen erfüllen. Das ist unbestritten. Die Menge an Getreide jedoch, deren Ausfuhr in die Sowjetunion jetzt unterbunden wurde, ist geringer als die Differenz zwischen verschiedenen Ernten und hat keinerlei Auswirkungen auf die Versorgung der sowjetischen Bevölkerung. Zum Beispiel belief sich die Getreideernte in der Sowjetunion im Jahre 1978 auf 235 Mill. Tonnen und 1979 auf 179 Mill. Tonnen. Analog verhält es sich auch mit den hochwertigen Technologien. Man darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der Gesamtexport der USA in die UdSSR weniger als 0,2 % des gesellschaftlichen Gesamtprodukts der UdSSR beträgt.

Aus Übersee hört man zuweilen, der kalte Krieg sei gar nicht so schlecht gewesen und die Entspannung nicht ganz so schön. Das erweckt den Eindruck, daß einige amerikanische Politiker versuchen, die Zeit des kalten Krieges wiederzubeleben und die Welt vor eine gefährliche Alternative zur Entspannung zu stellen.

In der komplizierten Welt von heute, in der mehr als 150 Staaten existieren, entstehen ständig diese oder jene internationalen Probleme und Konflikte. Aber die internationalen Wirtschaftsbeziehungen haben eine eigene Logik der Entwicklung. Sie dürfen nicht dazu mißbraucht werden, politische Ziele durchzusetzen. Sie müssen vielmehr zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Völkern beitragen.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Wolfgang Klenner

**ORDNUNGSPRINZIPIEN IM INDUSTRIALISIERUNGSPROZESS
DER VR CHINA**

Planung - Organisation - Unternehmenskonzept

In der vorliegenden Studie werden die strukturellen Grundlagen der VR China und das aus Originalquellen interpretierte System der zentralen und betrieblichen Planung ökonomischer Prozesse dargestellt. In einem zeitbezogenen Analysenteil werden dann die Organisationsformen im mikro- und makroökonomischen Bereich erarbeitet, wobei der Wandel im ordnungspolitischen Konzept im Rahmen des aus den folgenden drei Zielsetzungen gebildeten Spannungsfeldes erklärt wird: Steigerung der Produktion, Erhöhung der Planungs- und Verwaltungseffizienz sowie Dynamisierung gesellschaftlicher Strukturen, d. h. Abbau entwicklungshemmender Hierarchien.

Großoktav, 400 Seiten, 1979, Preis brosch. DM 42,50

ISBN 3-87895-185-X

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G